

SP Kanton Zürich

Delegiertenversammlung vom 1. März 2011 in Winterthur

Traktandum 3 – Rede des Parteipräsidenten

Eine Politik für die ganze Bevölkerung statt Einzelinteressen

Liebe Genossinnen und Genossen

Es sind noch 32 Tage, 16 Stunden und 50 Minuten bis im Kanton Zürich die Wahllokale schliessen und das grosse Auszählen beginnt. Es sind noch 32 Tage, 16 Stunden und 50 Minuten, in welchen unser Wahlkampf auf Hochtouren läuft. Einen Wahlkampf, den wir mit unserer Vorkampagne im Januar auf vielen Plakatstellen im Kanton eröffnet haben, auf denen wir junge SP-Wählerinnen und -Wähler ins Zentrum gerückt haben, die erklärten, warum die SP für sie jene Partei ist, welche sich am besten für ihre Interessen und Anliegen einsetzt, jungen Menschen, die erklären, weshalb es für einen starken Kanton Zürich eine starke SP braucht. Und es braucht eine starke SP, liebe Genossinnen und Genossen, damit sich in diesem Kanton wieder etwas bewegt.

Wenn ich auf die vergangene Legislaturperiode zurückblicke, eine Legislaturperiode mit satten bürgerlichen Mehrheiten in Regierung und Parlament, so muss ich feststellen: Wenn sich politisch etwas bewegt hat in diesem Kanton, dann vor allem dort, wo entweder das Stimmvolk selber entscheiden konnte, oder aber dort, wo eines unserer bisherigen Regierungsratsmitglieder, Regine Aeppli oder Markus Notter, die Fäden in der Hand gehalten haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang etwa an die Volksabstimmung über das Einführungsgesetz zum Berufsbildungsgesetz erinnern, durch die der Kanton Zürich dank dem Einsatz unserer Bildungsdirektorin als erster Kanton in der Deutschschweiz einen Berufsbildungsfonds erhalten hat. Ich möchte an den von Regine Aeppli erfolgreich eingebrachten Gegenvorschlag zur Initiative «Kinderbetreuung Ja» erinnern, der uns im Bereich der ausserschulischen Betreuung einen grossen Schritt vorwärtsgebracht hat. Oder an die dringend notwendige Korrektur bei den Löhnen des Lehrpersonals, welche die Bildungsdirektorin trotz aller Sparhysterie im Kantonsrat erfolgreich durchsetzen konnte.

Ich möchte weiter an das neue Finanzausgleichsgesetz erinnern, welches im Mai zur Abstimmung gelangen wird. Hier ist es unserem Justizdirektor Markus Notter gelungen, den berühmten «gordischen Knoten» zu durchschlagen und ein ausgewogenes «Jahrhundertwerk» vorzulegen, das von einer breiten überparteilichen Allianz getragen wird. Dass sich die SVP angestachelt durch ein paar junge Heisssporne wieder von diesem Kompromiss verabschiedet hat, sagt mehr über die Wankelmütigkeit dieser Partei aus, als etwas über die Qualität des gefundenen Kompromisses.

Und als letztes Beispiel möchte ich noch eine Vorlage anfügen, wo die Stimmberechtigten selber für die notwendige Bewegung sorgten, als sie gegen den Willen von Regierung und Parlament bei der Abschaffung der Pauschalbesteuerung einer äusserst stossenden Ungleichbehandlung der Steuerpflichtigen in unserem Kanton definitiv einen Riegel geschoben haben.

Wären diese Erfolge nicht, so müsste man eigentlich, von einer «verlorenen Legislatur» zu sprechen, denn ansonsten herrscht im bürgerlich dominierten Regierungsrat als auch im bürgerlich dominierten Kantonsrat vor allem Rat- und Ideenlosigkeit, gepaart mit einer falschen Prioritätensetzung in der Finanz- und die Steuerpolitik. Der Leistungsausweis der «4-gewinnt-Regierung» ist mehr als dürftig: Der Baudirektor versenkt mit Karacho das Polizei- und Justizzentrum und blockiert damit die Kasernenwiese für mindestens ein weiteres Jahrzehnt. Lieber padelt er stattdessen medienwirksam über den Zürichsee. Die Finanzdirektorin schafft es – ob aus Kalkül der schlichter Unfähigkeit muss offen bleiben – bis zum heutigen Tag nicht, verlässlicher Steuerschätzungen vorzunehmen und zwingt so den Kanton Zürich in einen finanzpolitischen Blindflug, weil sich auf der Basis von solch wackeligen Prognosen weder eine vernünftige Investitions- und Ausgabenplanung noch eine verlässliche Lohnpolitik machen lässt. Und der Leistungsausweis der anderen Mitgliedern des bürgerlichen Viererticketes lässt sich nur deshalb nicht wirklich würdigen, weil kaum wahrnimmt, dass sie überhaupt im Amt sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, was bürgerliche Politik im Kanton Zürich bedeutet, lässt sich exemplarisch am Abstimmungstermin vom 15. Mai zeigen. Dann kommen sieben Vorlagen zu Abstimmung von den zwei in ihrer Kombination, eine zutiefst ungerechte und zynische Politik erkennen lassen.

Zum einen wollen die bürgerlichen Parteien endlich ihr langgehegtes Ziel durchsetzen, die Abschaffung der obersten Progressionsstufe zugunsten der Superreichen. Diese haben in den letzten 15 Jahren bereits von Steuergeschenken in der Höhe von rund einer Milliarde Franken profitiert, jetzt sollen nochmals 120 Millionen draufgelegt werden. Der Kanton Zürich falle eben beim Werben um die Superreichen immer weiter zurück, so die Argumentation und die Finanzdirektorin präsentierten dazu kürzlich auch Zahlen: Die Zahl der Personen mit einem Vermögen von mehr als 10 Millionen Franken sei zwischen 2003 und 2007 im Kanton Zürich nur um 37 Prozent gestiegen, andere Kantone hätten dagegen Zuwachsraten über 100 Prozent.

Liebe Genossinnen und Genossen, auch wenn man ja mit Statistiken alles und auch das Gegenteil beweisen kann, das ist eine Zahlverdreherei der gröberen Sorte! Denn die absoluten Zahlen, die die Finanzdirektorin – wenn wunderts – erst auf Nachfrage rausrückte, zeigen ein ganz anderes Bild: Fast ein Viertel der schweizweiten Zunahme von Zehnfachmillionären entfiel nämlich auf den Kanton Zürich. Allein die Zunahme im Kanton Zürich ist im untersuchten Zeitraum fast genauso so gross, wie das Total der Superreichen im Kanton Genf, und der liegt notabene hinter dem Kanton Zürich auf Platz 2 was die Zahl der Superreichen betrifft. Mit anderen Worten: Es wohnen nicht nur nirgendwo in der Schweiz soviel Superreiche wie im Kanton Zürich, es gibt auch keinen anderen Kanton, der soviel Superreiche neu dazugewinnt wie der Kanton Zürich! Nein, liebe Genossinnen und Genossen, die Fakten sind klar: Dieser Kanton hat kein Standortproblem bei den Superreichen und es gibt keinen Grund, wirklich keinen Grund, ihnen ein weiteres Stürgeschenk zu kommen zu lassen.

Zumal am gleichen Abstimmungssonntag die bürgerlichen Parteien im Gegenzug eine Kürzung der Krankenkassenverbilligungsgelder von 42 Millionen durchbringen wollen. Der Kanton Zürich müsse eben sparen, da müssten eben alle einen Beitrag leisten. Nun ja, nicht ganz alle, betroffen wären in diesem Fall ja dann nicht die Superreichen, sondern untere und mittlere Einkommen, darunter vor allem auch Familien, bei denen steigenden Mieten und steigende Krankenkassenprämien einen immer höheren Anteil am Haushaltbudget ausmachen.

Mit anderen Worten: Am 15. Mai wollen die bürgerlichen Parteien einerseits die höchsten Einkommen und die grössten Vermögen steuerlich entlasten und im Gegenzug die Gelder für die Krankenkassenprämienverbiligung kürzen. Einmal mehr also eine Entlastung oben, einmal mehr eine Belastung beim Mittelstand und die Familien. Das ist zynische Klientelpolitik, liebe Genossinnen und Genossen, das ist bürgerliche Umverteilungspolitik in diesem Kanton, Umverteilung von unten und aus der Mitte nach oben nämlich – und dieser Politik wollen und müssen wir entgegentreten.

Wir brauchen in diesem Kanton eine Politik, die wieder auf Gemeinsinn statt auf Egoismen setzt. Wir brauchen in diesem Kanton eine Politik, die das Wohl vieler über das Wohl von ein paar wenigen stellt. Und eine solche Politik macht die SP.

Wir machen diese Politik mit unserer Wohninitiative, die wir letzte Woche lanciert haben. Sie ist ein Beitrag für mehr bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum in unserem Kanton, so dass Mieten auf für junge Menschen und Familien bezahlbar bleiben. Wir machen sie mit unserer Finanz- und Steuerpolitik, die nach der Steuergeschenk-Manie zugunsten der Reichsten mit einer Entlastung von Familien und Mittelstand ein kleines Stück Steuergerechtigkeit wieder herstellen will. Wir machen diese Politik mit unserer Bildungspolitik, welche allen Menschen unabhängig der Dicke des Portemonnaies ihrer Eltern eine hochstehende Bildung ermöglicht. Wir machen dieses Politik mit unserer Energie- und Umweltpolitik, welche auf erneuerbare Energie setzt und nicht auf die veraltete und teure Atomenergie mit ihrem ungelösten Entsorgungsproblem für kommende Generationen. Und wir machen sie mit unserer Verkehrspolitik, welche den öffentlichen Verkehr in den Mittelpunkt stellt, weil letztlich nur er in der Lage ist die erhöhte Nachfrage nach Mobilität für alle zu bewältigen.

Für einen starken Kanton Zürich braucht es eine Politik, die das Wohl der breiten Bevölkerung über die Partikularinteressen von ein paar wenigen stellt. Und deshalb braucht der Kanton Zürich eine Stärkung der sozial, ökologisch und gesellschaftlich fortschrittlichen Kräfte. Und deshalb braucht es eine starke SP im Regierungsrat, mit Mario Fehr und Regine Aeppli, und deshalb braucht es eine starke SP im Kantonsrat. Dafür arbeiten und kämpfen wir. Natürlich und besonders hart, in den nächsten 32 Tagen, 16 Stunden und 35 Minuten, aber natürlich auch darüber hinaus.

Herzlichen Dank!

Es gilt das gesprochene Wort.